

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 19. Mai 2022 – 1/2022

/// Die neue Erosion der Abgrenzung

Wie Linksextremisten demokratische Proteste für ihre Zwecke instrumentalisieren

Hendrik Hansen / Philipp W. Hildmann /// Im Linksextremismus lässt sich wie im Rechtsextremismus eine zunehmende Erosion der Abgrenzung zwischen Extremisten und Demokraten beobachten. Extremistische Akteure nutzen gezielt aktuelle, gesellschaftlich relevante Themen wie Umweltverschmutzung und Klima, hohe Mieten und Gentrifizierung oder die Zunahme des Rechtsextremismus, um mit demokratischen Bereichen der Gesellschaft zusammenzuarbeiten.

In acht Thesen wird aufgezeigt:

- ◆ Welche Strategien der Entgrenzung des Extremismus gibt es?
- ◆ Welche linksextremistischen Organisationen sind die maßgeblichen Akteure der Entgrenzung?
- ◆ Wie werden die Themen Klimaschutz und Antifaschismus von Linksextremisten für ihre Zwecke instrumentalisiert?
- ◆ Wo liegen ihre Gefahren für die verfassungsmäßige Ordnung?

Wie Linksextremisten demokratische Proteste für ihre Zwecke instrumentalisieren

Die neue Erosion der Abgrenzung

Hendrik Hansen / Philipp W. Hildmann

Im Linksextremismus lässt sich wie im Rechtsextremismus eine zunehmende Erosion der Abgrenzung zwischen Extremisten und Demokraten beobachten. Extremistische Akteure nutzen gezielt aktuelle, gesellschaftlich relevante Themen wie Umweltverschmutzung und Klima, hohe Mieten und Gentrifizierung oder die Zunahme des Rechtsextremismus, um mit demokratischen Bereichen der Gesellschaft zusammenzuarbeiten.

These 1: Keine extremistische Herausforderung unseres Rechtsstaats wird in unseren politischen und gesellschaftlichen Diskursen so unterschätzt wie der Linksextremismus.

„Sie wollen doch eigentlich das Gute, schlagen nur manchmal im Überschwang über die Stränge.“ Diese Einschätzung linksextremistischer Aktivitäten ist so weitverbreitet wie falsch und gefährlich. Auch wenn die größte Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung laut Verfassungsschutzbericht des Bundes vom Rechtsextremismus ausgeht, hat auch die Zahl linksextremistischer Straftaten im Jahr 2020 einen neuen Höchststand erreicht. Deutlich messbar ist die linke Szene gewaltbereiter geworden. Ihre Gewalttaten werden gezielter und planvoller. Ihre Auswirkungen werden massiver und betreffen zunehmend auch individuell ausgewählte Personen. Insgesamt hat sich der seit einigen Jahren feststellbare Wechsel der Aktionsformen weg von demonstrationsbezogener „Massenmilitanz“ hin zu Gewalttaten konspirativ agierender Kleingruppen fortgesetzt. Linksextremisten wollen nicht „eigentlich das Gute“ und vergreifen sich dabei nur in Ton und Mitteln. Sie zielen auf die Abschaffung einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen, demokratischen Ordnung und sind somit eine handfeste Bedrohung für unseren Staat, für unsere Gesellschaft, für uns alle.

Das spiegelt sich auch in konkreten Zahlen wider: Stieg die Zahl linksextremistisch motivierter Straftaten „nur“ um verhältnismäßig moderate 2,8 Prozent, müssen wir im vergangenen Jahr einen sprunghaften Anstieg der Gewalttaten um 34,4 Prozent verzeichnen. Blicken wir auf die Zahl linksextremistischer Gewalttaten speziell gegen Polizei und Sicherheitsbehörden, liegt der Aufwuchs sogar bei 66,2 Prozent. Darunter befinden sich auch drei versuchte Tötungsdelikte gegen Angehörige der Polizei. Lokal gesehen ereigneten sich 2020 die meisten linksextremistisch motivierten Gewalttaten in absoluten Zahlen in Berlin. Danach folgten Sachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Mit einem gewissen Abstand lag Bayern auf dem vierten Platz.

These 2: Die geringe Aufmerksamkeit, die Linksextremisten in der öffentlichen Wahrnehmung bekommen, hängt mit der Strategie der Entgrenzung zusammen: Extremisten streben nach einer Zusammenarbeit mit Nicht-Extremisten, indem sie gesellschaftlich relevante Themen instrumentalisieren.

Um Bündnispartner und neue Anhänger für ihre Positionen zu gewinnen, verschleiern Extremisten vielfach ihre Absichten, wenn sie zum Beispiel in sozialen Protestbewegungen auftreten. Sie instrumentalisieren gesellschaftlich relevante Themen wie den Klimaschutz, die Problematik hoher Mieten in Ballungsräumen und den Kampf gegen Rechtsextremismus, indem sie diese Anliegen mit dem Ziel eines grundlegenden Wandels des politischen Systems verbinden. So lautet eine der Forderungen von Linksextremisten in der Klimaschutzbewegung „System change not climate change“, wobei unter „system change“ der revolutionäre Bruch mit der bestehenden politischen Ordnung verstanden wird.

Diese Strategie wird als Entgrenzung des Extremismus bezeichnet: Extremistische Organisationen zielen auf eine Reduzierung der Distanz zu sozialen Protestbewegungen und nicht-extremistischen Organisationen mit dem Ziel, in diese Bereiche der Gesellschaft hineinzuwirken und neue Mitglieder zu rekrutieren. Beliebte Mittel sind dabei die offene oder verdeckte Unterwanderung von Protestbewegungen und Organisationen und die Verschiebung der politischen Diskurse durch die Besetzung von Themen (zum Beispiel Klima) und Begriffen (zum Beispiel Antifaschismus). Erfolgreich kann diese Strategie jedoch nur sein, wenn es auf Seiten von Nicht-Extremisten eine entsprechende Bereitschaft zum Zusammenwirken mit Extremisten gibt.

These 3: Das Phänomen der Entgrenzung ist nicht neu, sondern gehörte seit Lenins Zeiten zum strategischen Repertoire des Linksextremismus.

Bereits Lenin hat im Rückblick auf die Voraussetzungen für den Erfolg der Oktoberrevolution in seiner Schrift „Der ‚Linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ betont, dass der Weg der Bolschewiki zur Macht auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit „bürgerlichen Parteien“ voraussetzte. Kommunistische Parteien und Organisationen haben seither in westlichen Staaten immer wieder zivilgesellschaftliche Organisationen unterwandert oder geschaffen, die nach außen nicht offen kommunistisch auftraten und von Nicht-Extremisten als Partner akzeptiert wurden. In den 1970er- und 1980er-Jahren gehörten dazu die „Deutsche Friedensunion“ und die „Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus / Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA), die beide von der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) dominiert wurden, die ihrerseits von der SED gesteuert und finanziert wurde. Mit der Kampagne gegen angebliche „Berufsverbote“ hat die DKP seit den 1970er-Jahren das Vorgehen der sozialliberalen Koalition gegen Extremisten im öffentlichen Dienst bis weit in die demokratischen Bereiche der Gesellschaft hinein zu delegitimieren versucht.

Eine Entgrenzung zwischen Extremisten und Nicht-Extremisten ließ sich sogar im Bereich des Linksterrorismus beobachten: Die RAF instrumentalisierte erfolgreich das Thema der Solidarität mit den in Stammheim inhaftierten RAF-Angehörigen – es sei nur an die öffentlichkeitswirksame Sympathiebekundung für die RAF von Jean-Paul Sartre im Dezember 1974 erinnert, als er Andreas Baader in Stammheim besuchte.

These 4: Die Strategie der Entgrenzung wenden im Linksextremismus Organisationen an, die selbst nicht gewalttätig sind, die aber eine Scharnierfunktion zwischen dem gewaltbereiten Linksextremismus und dem zivilgesellschaftlichen Protest einnehmen.

In der Gegenwart wird die Entgrenzung des Extremismus vorwiegend von legalistischen Organisationen im Linksextremismus gefördert, die selbst nicht gewaltbereit auftreten. Eine besondere Rolle spielen dabei postautonome Organisationen und die „Rote Hilfe e.V.“ Postautonome Organisationen wie die „Interventionistische Linke“ (IL) oder das „Kommunistische Bündnis ‚Ums Ganze‘“ (uG) zielen darauf, die begrenzte gesellschaftliche Wirkung der autonomen Szene zu überwinden, die wegen ihrer fehlenden Programmatik und offenen Gewaltorientierung von weiten Teilen der Gesellschaft abgelehnt wird. Sie wollen demgegenüber eine Scharnierfunktion zwischen Linksextremisten und sozialen Protestbewegungen einnehmen. Ihr Ziel ist es, mit einer Politik der kleinen Schritte die verfassungsmäßige Ordnung auszuhöheln und langfristig zu stürzen. Um die Anschlussfähigkeit an nicht-extremistische soziale Protestbewegungen zu erhöhen, lehnen sie zumindest verbal die Anwendung von Gewalt ab und fokussieren sich in der Außendarstellung auf konkrete Themen. Die folgenden Thesen werden die Vorgehensweise am Beispiel des Klimaschutzes und des Antifaschismus behandeln.

Neben postautonomen Organisationen ist die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) ein weiterer wichtiger Akteur für die Entgrenzung des Linksextremismus. Die Organisation, die bundesweit 11.000 Mitglieder hat, unterstützt linksextremistische Straftäter finanziell (zum Beispiel durch die Übernahme von Anwaltskosten) und politisch (zum Beispiel durch Solidaritätsbekundungen). Um Unterstützung zu bekommen, müssen die Straftäter jedoch die Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden verweigern und an ihrer Ideologie festhalten. Kampagnen der RH wie zum Beispiel gegen die vermeintliche „Kriminalisierung linker Politik“ bekommen regelmäßig auch Unterstützung von Nicht-Extremisten.

These 5: Die Instrumentalisierung gesellschaftlich relevanter Themen lässt sich in den vergangenen Jahren besonders gut am Beispiel der Klimaschutzbewegung beobachten.

Die bereits erwähnte Instrumentalisierung des Themas Klimaschutz zeigt sich zum einen in der Teilnahme von Linksextremisten an Demonstrationen von „Fridays for Future“ (FFF), zum anderen an der erfolgreichen Beeinflussung der Kampagne „Ende Gelände“ (EG) durch die „Interventionistische Linke“. EG bezeichnet sich selbst als breiten Zusammenschluss von Personen aus umwelt- und klimapolitischen Bewegungen, der das Ziel verfolgt, mit Mitteln des zivilen Ungehorsams gegen den Einsatz von Kohle als Energieträger vorzugehen und den Klimawandel zu bekämpfen. In diesem Bündnis spielt die linksextremistische IL eine dominierende Rolle, was auch an der Forderung von EG „Kohleausstieg Jetzt! Kapitalismus abschaffen!“ sowie der billigenden Inkaufnahme von gewalttätigem Protest im Rahmen von Aktionen von EG erkennbar ist. Nachdem der Berliner Verfassungsschutz in seinem Bericht für das Jahr 2019 als erste Landesbehörde EG als linksextremistisch eingestuft hatte, beteiligten sich zahlreiche Klimaschutzorganisationen an einer Solidaritätskampagne für EG, statt auf Distanz zu gehen.

These 6: Ein weiteres wichtiges Beispiel für die Instrumentalisierung gesellschaftlich relevanter Themen ist das Aktionsfeld „Antifaschismus“.

Das Engagement gegen jede Form von Extremismus ist für die Stärkung der verfassungsmäßigen Ordnung von zentraler Bedeutung. Dem Vorgehen gegen Rechtsextremismus kommt zudem in Deutschland vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit eine besondere Bedeutung zu. Deshalb können Linksextremisten das Engagement gegen Rechtsextremismus geschickt nutzen, um ihre Positionen in die Gesellschaft hineinzutragen. Dabei wird regelmäßig übersehen, dass „Antifaschismus“ etwas anderes ist als ein Engagement gegen Rechtsextremismus: Dem Konzept liegt in der Regel die Annahme zugrunde, dass die Ursache des „Faschismus“ der Kapitalismus sei. Wenn die Krisen im kapitalistischen System zunehmen, wendet der Staat immer repressivere Methoden an, um das System zu stabilisieren, und die Demokratie wird zur Diktatur. „Faschismus“ wirkungsvoll zu bekämpfen, bedeutet demzufolge, gegen seine vermeintliche Ursache, den Kapitalismus, und das ihn tragende System der parlamentarischen Demokratie vorzugehen.

In der Folge geht es dem Antifaschismus nicht um ein Engagement gegen präzise definierte rechtsextremistische Positionen oder Organisationen, sondern um einen diffusen Kampf gegen alles, was „rechts“ ist, weil es das bestehende politische System stützt. So haben Autonome im Vorfeld von Protesten gegen einen Bundesparteitag der AfD in Augsburg (2018) nicht nur zu Angriffen auf das Parteibüro der CSU, sondern auch der SPD aufgerufen.

These 7: Die Entgrenzung des Extremismus lässt sich auch im Islamismus und im Rechtsextremismus wahrnehmen, doch das Problembewusstsein der Öffentlichkeit differiert stark zwischen den drei Phänomenbereichen.

Im Rechtsextremismus zeigt sich die Entgrenzung seit Beginn der Corona-Pandemie bei Protesten gegen die staatlich verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und gegen die Impfkampagne. Diese Proteste werden von rechtsextremistischen Akteuren wie der „Identitären Bewegung“, dem „Compact-Magazin“ oder der neo-nationalsozialistischen Partei „Der III. Weg“ für die Rekrutierung und Mobilisierung von Anhängern genutzt. An den Demonstrationen haben verschiedentlich Extremisten und Nicht-Extremisten gemeinsam teilgenommen, so wie es in der Vergangenheit zum Beispiel bei Pegida zu beobachten war.

Auch im Islamismus gibt es das Phänomen der Entgrenzung. So nutzen unter anderem Organisationen, die den Muslimbrüdern nahestehen, den Begriff des „antimuslimischen Rassismus“, um jede Kritik an ihrer islamistischen Deutung des Islam als eine pauschale Islamfeindlichkeit und als eine Form von Rassismus zu diskreditieren.

Während die Entgrenzung im Bereich des Rechtsextremismus regelmäßig in den Medien und in öffentlichen Debatten thematisiert und problematisiert wird, wird sie weder im Islamismus noch im Linksextremismus hinreichend wahrgenommen, was den Erfolg der Strategie erheblich begünstigt.

These 8: Die Strategie der Entgrenzung ist mittel- und langfristig für die verfassungsmäßige Ordnung gefährlicher als der gewaltorientierte Extremismus.

Die Strategie der Entgrenzung ermöglicht es Extremisten, Personen zu mobilisieren und gegebenenfalls zu rekrutieren, die bislang keine extremistische Einstellung hatten. Die Strategie befördert somit Radikalisierungsprozesse und ermöglicht die extremistische Beeinflussung zivilgesellschaftlicher Proteste. Damit ist sie mittel- und langfristig gefährlicher für die verfassungsmäßige Ordnung als das Vorgehen gewaltorientierter Extremisten: Letztere können zwar kurzfristig die öffentliche Ordnung gefährden, werden aber von weiten Teilen der Gesellschaft abgelehnt. Die Strategie der Entgrenzung hingegen wird zumindest im Linksextremismus oft nicht als Gefahr erkannt und kann dadurch umso wirkungsvoller umgesetzt werden.

Prof. Dr. Hendrik Hansen

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Fachbereich Nachrichtendienste – Abteilung Verfassungsschutz, Berlin

Dr. Philipp W. Hildmann

Leiter des Kompetenzzentrums Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog,
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Impressum: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP; Generalsekretär: Oliver Jörg

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.